

Rezensionen

Christiane Färber, Klaus Kock, Frank Mussmann, Irmtraud Schlosser (Hg.) (2003): *Kooperation Wissenschaft Arbeitswelt – Geschichte, Theorie und Praxis von Kooperationsstellen*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 197 S., • 20,50

Was sind Kooperationsstellen, was machen sie und wozu sind sie gut? Wer auf diese Fragen informierende und überzeugende Antworten sucht, ist gut beraten, den Sammelband von *Färber, Kock, Mussmann* und *Schlosser* in die Hand zu nehmen. Wie sich schnell zeigt, bilden Kooperationsstellen nicht nur eine Art Scharnier zwischen Hochschulen und Gewerkschaften, sondern sie erfüllen zudem die wichtige Aufgabe, den Wissens- und Erfahrungsaustausch zwischen Wissenschaft und Arbeitswelt insgesamt zu organisieren und zu moderieren. Neben einleitenden eher konzeptionellen Artikeln über die Möglichkeiten und Grenzen der Kooperation von gewerkschaftsnahen und akademischen Akteuren haben die HerausgeberInnen Beiträge zusammengestellt, die von den einzelnen Kooperationsstellen in der Bundesrepublik stammen.

Allein dadurch schon ermöglicht es der Band den LeserInnen, einen breiten Überblick über die Arbeiten der unterschiedlichen Kooperationsstellen zu gewinnen: In welchen Bundesländern und Städten sind sie? Mit wem kooperieren sie? Welche thematischen Felder bearbeiten sie? Darauf geben die einzelnen Beiträge Antworten. Aber nicht nur das. Wenn man die einzelnen Beiträge genauer liest, kann man zudem nachzeichnen, welchen Wandel Kooperationsstellen in ihrer Geschichte erfahren haben, und welchem Legitimationsdruck sie heute zu Tage ausgesetzt sind. Und man kann Antworten auf die Frage finden, welche Möglichkeiten vorhanden sind, um auch in Zukunft arbeitsfähig zu bleiben. Denn eines wird deutlich: Je stärker der Sparzwang in der Bundesrepublik durchgesetzt wird, desto stärker geraten intermediäre Organisationen wie die Kooperationsstellen, die einer Basisfinanzierung bedürfen, um arbeiten zu können, unter Legitimationsdruck.

Das trifft umso mehr zu, wenn sie sich mit einer bestimmten Perspektive in gesellschaftlichen Themenfeldern bewegen, die sowohl in den Gewerk-

schaften als auch in der akademischen Wissenschaft nicht mehr als selbstverständlich akzeptiert angesehen werden kann. Konkret geht es hierbei um die Chancen und Möglichkeiten einer ‚arbeitsorientierten Wissenschaft‘, deren Ermöglichung und Unterstützung insbesondere von den Kooperationsstellen und anderen vergleichbaren intermediären Institutionen angeregt werden kann, weil gerade sie als Vermittler zwischen der akademischen Wissenschaft auf der einen Seite und den Beschäftigten, den Betriebsräten und den Gewerkschaften auf der anderen Seite tätig werden können.

Gerade in Abgrenzung zu wissenschaftstheoretischen Konzeptionen, die einer Verschmelzung und Vereinheitlichung von wissenschaftlichem und anwendungspraktischem Wissen das Wort reden, wird der Wert dieser Vermittlungsarbeit deutlich: Es ist nicht der Anwendungskontext selbst, der akademische WissenschaftlerInnen und GewerkschafterInnen (oder Beschäftigte) aufeinander zugehen lässt, sondern es bedarf der Organisation dieses Dialoges. Und der kann nur dann ‚einen langen Atem‘ haben, wenn die beteiligten Akteure ihre unterschiedliche institutionelle Herkunft und ihr unterschiedliches Wissen wechselseitig akzeptieren und anerkennen. Denn erst das ermöglicht es ihnen, in einen reflexiven Diskurs der Wissensgenerierung einzusteigen, in dem wissenschaftliches Wissen und arbeitsprozessbezogenes, erfahrungspraktisches Wissen etwa der Beschäftigten aufeinander bezogen und miteinander kombiniert werden. Wie *Klaus Kock* es treffend ausdrückt, kommt den Kooperationsstellen hierbei die wichtige Aufgabe zu, „Wissen so zu transformieren, dass es praktisch wirksam werden kann, und umgekehrt praktische Handlungsweisen so zu thematisieren, dass sie wissenschaftlicher Analyse zugänglich sind“ (29).

Um diese Aufgaben erfüllen zu können, engagieren sich die Kooperationsstellen in den letzten Jahren verstärkt auch in einer Einwerbung von Drittmitteln: Vor allem mit Hilfe projektformiger Netzwerke mit unterschiedlichsten zumeist regionalen Akteuren der akademischen F&E und der Gewerkschaften haben es eine Reihe von Kooperationsstellen geschafft, beschäftigten- und arbeitsorientierte Beratungs- und Forschungsprojekte auf den Weg zu

bringen. Was für die Hochschulforschung seit längerem gilt – also der Druck zur Einwerbung von Drittmitteln – hat sich demnach auch auf die Arbeit der Kooperationsstellen ausgewirkt. Einerseits verändert das stärkere Engagement in der Drittmittelakquisition die Arbeit und auch die Stellung dieser intermediären Organisation. Andererseits ist die Beteiligung an projektförmigen Kooperationsnetzwerken ganz unterschiedlicher Art zugleich auch ein wichtiges Vehikel, mit dessen Hilfe der Dialog einer arbeitsorientierten Wissenschaft angeregt und geführt werden kann. Das verdeutlichen gerade auch die Beiträge, die in die konkrete Arbeit der einzelnen Kooperationsstellen einführen. Neben dieser Relevanz der Projektarbeit, mit deren Hilfe sich die Kooperationsstellen mit ihrer regionalen Umwelt vernetzen, weisen die einzelnen Beiträge zudem auf die Wichtigkeit hin, die Arbeiten der Kooperationsstellen selbst stärker miteinander zu vernetzen. Denn dies würde unter Umständen nicht nur eine stärkere Verzahnung der Arbeiten ermöglichen, sondern würde eine viel stärkere und auch überregionale Profilbildung dieser intermediären Institutionen erleichtern, an der es bislang noch zu fehlen scheint.

Der Band versammelt ohne Zweifel wichtige Beiträge, auf die in der Diskussion der Kooperationsmöglichkeiten und -grenzen zwischen Hochschulforschung und Gewerkschaften bzw. Beschäftigten Bezug genommen werden sollte. Als solcher ist er für einen relativ breiten Leserkreis interessant, der von praxis- und arbeitsorientierten WissenschaftlerInnen (aber auch Studierenden), BetriebsrätInnen, GewerkschafterInnen bis hin zu an dieser Diskussion Interessierten reicht. Und man kann darauf gespannt sein, wie es den Kooperationsstellen auch in Zukunft erfolgreich gelingen wird, ihre Stellung zwischen den Akteursgruppen und ihren jeweiligen Interessen auszufüllen.

Dr. Michael Jonas (Wien)

Christoph Hubig, Johannes Reidel (Hg.) (2003):
Ethische Ingenieurverantwortung. Handlungsspielräume und Perspektiven der Kodifizierung. Berlin: edition sigma, ISBN 3-89404-955-3, 267 S., • 19,90

Unter einem etwas spröden Titel legt der Ausschuss „Ethische Ingenieurverantwortung“ des Berufspolitischen Beirats des Vereins Deutscher Ingenieure (VDI) seinen Abschlussbericht vor, mit dem eine mehr als fünfundzwanzig Jahre andauernde Diskus-

sion über Technikbewertung und die Verantwortung der Ingenieure für moralisch akzeptable Technikgestaltung einen zumindest verbandsinternen Meilenstein erreicht hat. Beantwortet werden sollen zwei Kernfragen der aktuellen Diskussion der Berufsrollen von Ingenieuren. Umstritten ist, welche spezielle Verantwortung Ingenieuren über ihre universal-moralischen Pflichten hinaus für ihr berufliches Handeln in kollektiven Arbeitszusammenhängen überhaupt zugeschrieben werden kann, und welche Reichweite sie hat. Dies schließt die Frage ein, inwieweit Organisationen institutionelle Verantwortung tragen. Und zu klären ist, wie institutionelle Vorkehrungen gestaltet sein müssen, damit in Organisationen eingebundene Ingenieure ihre individuelle ethische Verantwortung angemessen wahrnehmen können.

Der eigentliche Ausschussbericht (21ff.) konzentriert sich auf vier Themenfelder. Zunächst wird die *Spezifische ethische Ingenieurverantwortung* (21f.) ein bisschen lehrbuchhaft aber präzise behandelt. Unterschieden wird zwischen *interner* Verantwortung als Aufgaben- und Rollenverantwortung für die Einhaltung der Berufsstandards und *externer* Verantwortung, deren Normen durch politische, juristische und soziale Instanzen gesetzt werden. Gerade dem zweiten Verantwortungstyp wird großes Gewicht zugemessen, sei es, dass Ingenieure auf Grund ihrer Sachkenntnis den Gesetzgeber bei der Früherkennung von Problemlagen unterstützen, sei es, dass sie im Rahmen der Technikfolgenabschätzung alternative Handlungsoptionen aufzeigen. Die ingenieurspezifischen Verantwortungsbereiche für die Produktqualität, den bestimmungsgemäßen Gebrauch sowie die Leistungsmerkmale neuer Produkte unterliegen der universal-moralischen Verantwortung als regulierendem Prinzip für die Lösung von Konflikten. Dieser Grundgedanke wird unter *Ebenen der Orientierung - die Wertproblematik* (31f.) vertieft. Nach einer systematischen Behandlung des Prozesses der Entscheidungsfindung als gestufte Konkretisierung von Prinzipien und Werten werden Priorisierungsregeln für die Konfliktregulierung entwickelt, deren Radikalität auch in der sehr verwissenschaftlichten Sprache des Berichts teilweise überrascht: „Nichtaufgebbare moralische Rechte gehen vor Schadensabwendung und –verhinderung und diese vor Nutzenerwägungen“ (45) oder „Bei Dringlichkeit geht Umweltverträglichkeit vor ökonomischer Nutzanwendung“ (45) sind Vorrangregeln, mit denen die gegenwärtige Wirtschaft schon ziemlich revolutioniert werden könnte. Dass die sachgerechte wertgebundene Entscheidungspraxis die Entwicklung entsprechender Diagnose- und Kommunikationskom-